

Protokoll der 108. ordentlichen Delegiertenversammlung

Mittwoch, 24. Mai 2006, 08.30 Uhr im Rathaus Bern, Rathaussaal

„Arrivée de Candide et de son valet au pays d'Eldrado“

Quand le repas fut fini,
Cacambo crut, ainsi que Candide,
bien payer son écot
en jetant sur la table de l'hôte
deux de ces larges pièces d'or
qu'il avait ramassées;
l'hôte et l'hôtesse éclatèrent de rire,
et se tinrent longtemps les côtés.
Enfin ils se remirent.
«Messieurs, dit l'hôte,
nous voyons bien
que vous êtes des étrangers;
nous ne sommes pas accoutumés à en voir.
Pardonnez - nous
si nous nous sommes mis à rire
quand vous nous avez offert en paiement
les cailloux de nos grands chemins.
Vous n'avez pas sans doute
de la monnaie du pays,
mais il n'est pas nécessaire d'en avoir
pour dîner ici.
Toutes les hôtelleries établies
pour la commodité du commerce
sont payées par le gouvernement.»

C'est probablement le pays
où tout va bien:
car il faut absolument
qu'il y en ait un de cette espèce.

VOLTAIRE
Candide ou l'optimisme

Vorsitz: Präsident Jürg Boss

Protokoll: Sekretär Markus Schneiter

Anwesend: 68 Delegierte
9 Mitglieder der Verwaltungskommission
Kontrollstelle: BDO Visura, Herr Stutz Thomas
F. Bruderer, Direktorin der BLVK
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BLVK

Gäste: Blum Christine, ASVS
Gatti Martin, Präsident LEBE
Gsteiger Brigitte, Geschäftsführerin LEBE
Hartmann Regula, Amtsvorsteherin ASVS
Hofstetter Margot, Erziehungsdirektion, Bern

Entschuldigungen:

Verwaltungskommission

Zürcher Christoph, Dr., pens. Gymnasiallehrer, Bern

Delegierte:

Sahli Heinz, Ostermundigen, Wahlkreis Bern-Nord

Gäste:

Seiler Roland, Präsident BSPV, Bern

Übersetzer: Sulpice Piller, Konferenzdolmetscher, Bern

Medien: Langenthaler Tagblatt
Regionaljournal: Gorgé S.
Berner Schule: Gerber M.

Traktanden

- 1. Eröffnung**
- 2. Konstituierung der Versammlung**
 - 2.1 Wahl der Stimmzählenden
 - 2.2 Wahlen Präsidium, Vizepräsidium und Sekretariat der DV
 - 2.2.1 Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der DV
 - 2.2.2 Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten der DV
 - 2.2.3 Wahl der Sekretärin oder des Sekretärs der DV
- 3. Protokoll der 107. o. Delegiertenversammlung vom 18. Mai 2005**
- 4. Wahl von 5 Mitgliedern der Verwaltungskommission**
- 5. Festsetzung der Entschädigungen an die Mitglieder der DV, an das Büro der DV und an die Wahlkreise**
- 6. Die Verwaltungskommission berichtet**
 - 6.1 Tätigkeit der VK
 - 6.2 Auflistung der Verwaltungskosten im Detail (Antrag Siegfried Merz)
 - 6.3 Nachhaltige Anlagepolitik (Anträge Hermann Büchler)
 - 6.4 Information über den Primatwechsel (Antrag Heinz Aellen)
 - 6.5 Auskunft über das Immobilien-Dossier (Anfragen Oberland-Süd, Bern-Süd und Siegfried Merz / Ricco Bergamin)
 - 6.6 Auskunft über die Behebung der Anwendungsprobleme von Art. 5 Abs. 2 BLVK-VR (Anfrage Bern-Süd)
 - 6.7 Auskunft zur Präsidiumsfrage (Anfrage Siegfried Merz / Ricco Bergamin)
- 7. Verantwortlichkeitsklage**
 - 7.1 Bericht der VK
 - 7.2 Antrag der Spurgruppe
- 8. Ausfinanzierung**
 - 8.1 Bericht der VK zum Antrag Hans Bangerter
 - 8.2 Antrag der Spurgruppe
- 9. Anträge**
 - 9.1 Aufarbeitung des BLVK-Debakels aus der Sicht der Versicherten (Seeland)
- 10. Jahresberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004**

Genehmigung
- 11. Jahresbericht und Jahresrechnung 2005**

Bericht der Kontrollstelle und des anerkannten Experten für beruflichen
Vorsorge
Kenntnisnahme

12. Verschiedenes

- 12.1 Aus- und Weiterbildungsangebot für Delegierte. Orientierung VK
 - 12.2 Zuteilung der Versicherten Bienne-frz. zum Wahlkreis Seeland.
Stellungnahme der Spurgruppe
 - 12.3 Erlasse (BLVK WV, OgRDV, Anforderungsprofil AN-Vertretung) sind den Delegierten auszuhändigen und im Internet aufzuschalten (Bern-Nord)
-

Verhandlungen

1. Eröffnung

Nach der glanzvollen „Uraufführung“ verschiedener Songs aus dem Musical „Nelio“ durch Schülerinnen und Schüler des OSZ Rapperswil unter Leitung von Peter Loosli und Marc Marchon eröffnet Präsident Jürg Boss die Delegiertenversammlung und hält fest, dass die Mehrheit der 73 Delegierten anwesend ist. Die DV ist also beschlussfähig.

Die Traktandenliste muss wie folgt abgeändert bzw. ergänzt werden:

Traktandum 6.4	ist von der Liste zu streichen, da der Vorsitzende der Gesamtprojektleitung, Regierungsrat Urs Gasché am 28. Juni 2006 im Rathaussaal informieren wird.
Traktandum 9.2	neu: Antrag Max Baur
Traktandum 9.3	neu: Antrag Rolf Rüfenacht
Traktandum 9.4	neu: Antrag aus dem Wahlkreis Seeland

Die Delegierten sind mit dieser Abfolge der Traktanden einstimmig einverstanden.

2. Konstituierung der Versammlung

2.1 Wahl der Stimmzählenden

Als Stimmzähler werden gewählt:	Lüthi Andreas, Wahlkreis Bern-Nord Lüdi Werner, Wahlkreis Ob- u. N. Aargau Merz Siegfried, Wahlkreis Bern-Stadt
Wahlausschuss:	Müller Beat, Wahlkreis Bern-Stadt

2.2 Wahlen Präsidium, Vizepräsidium und Sekretariat der DV

(Amtsdauer 24. 5. 2006 - 31. 7. 2010)

2.2.1 Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der DV

Vizepräsident Francis Baour hält fest, dass sich Jürg Boss für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren als Präsident der DV BLVK zur Verfügung stellt. Als Präsident hat er die Delegiertenversammlungen stets exzellent geleitet.

Jürg Boss wird mit 66 Stimmen, ohne Gegenstimmen und mit einer Enthaltung für eine weitere Amtsdauer als Präsident der DV BLVK wiedergewählt.

Jürg Boss erklärt, dass er die Wahl annimmt und dankt für das Vertrauen.

2.2.2 Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten der DV

Francis Baour bekleidet dieses Amt seit zwei Jahren und verkörpert das frankophone Element im Büro der DV in hervorragender Weise. Sämtliche Wahlkreise schlagen ihn zur Wiederwahl vor. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Francis Baour wird mit 65 Stimmen, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für eine weitere Amtsdauer als Vizepräsident der DV BLVK wiedergewählt.

2.2.3 Wahl der Sekretärin oder des Sekretärs der DV

Markus Schneiter, Wahlkreis Emmental ist bereit, dieses Amt weiterzuführen. Auch er wird von sämtlichen Wahlkreisen zur Wiederwahl vorgeschlagen. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Markus Schneiter wird mit grossem Mehr, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für eine weitere Amtsdauer als Sekretär der DV BLVK wiedergewählt.

3. Protokoll der 107. o. Delegiertenversammlung vom 18. Mai 2005

Das Protokoll der 107. ordentlichen Delegiertenversammlung vom 18. Mai 2005 wurde den Delegierten zugesandt. Es werden keine Bemerkungen oder Einwände angebracht.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Jürg Boss dankt dem Sekretär für die sorgfältige und gewissenhafte Protokollführung.

4. Wahl von 5 Mitgliedern der Verwaltungskommission

(Amtsdauer 1. 6. 2006 - 31. 5. 2010)

Die Verwaltungskommission hat in ihrer Sitzung vom 20. Oktober 2005 entschieden, dass die VK bis zum 31. Mai 2010 aus maximal 10 Mitgliedern besteht, je fünf Mitglieder AG- und AN-Vertretung. Um die fünf Sitze der AN-Vertretung in der VK bewerben sich sechs Personen, die bisherigen Blatti Hans-Rudolf, Hachen Gertrud, Oesch Jürg, Schleppy Aurèle, Zürcher Christoph und neu Caluori Marco. Es werden aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingereicht. Die Lebensläufe der Kandidierenden liegen den Delegierten in schriftlicher Form vor.

Blatti Hans-Rudolf hat seit letztem September die VK als Präsident ad interim geführt. Die paritätische Führung mit dem AG-Vizepräsidenten Dübendorfer hat die VK in ein Klima des gegenseitigen Vertrauens geführt. In letzter Zeit konnte sachlich diskutiert werden, was erlaubte, konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Hans-Rudolf Blatti wird im Falle einer Wiederwahl sein Pensum um 20% reduzieren.

Hachen Gertrud hat im letzten Jahr Kenntnisse über die Arbeit der VK erarbeiten können. Es ist nicht immer möglich, alles Wünschenswerte zu erreichen. Die Mehrheit der Lehrerschaft ist weiblichen Geschlechts, Gertrud Hachen möchte mit ihrer Kandidatur auch die Vertretung der Frauen wahrnehmen. Trotz des grossen Zeitaufwandes ist sie motiviert und bereit, weiterzufahren.

Oesch Jürg bekräftigt, dass das gut funktionierende Arbeitnehmerteam in der VK insgesamt die Anforderungen möglichst maximal abdeckt. Er wird im Fall einer Wiederwahl topmotiviert in einer VK weiterarbeiten, deren Zusammenarbeit sich in den letzten Monaten wesentlich verbessert hat. Den Erfolg der VK kann er nicht garantieren, aber er verspricht, dass seine Bereitschaft zum Wohl der Versicherten und der Kasse maximal sein wird.

Schleppy Aurèle wäre sehr motiviert, die Arbeit nach den ersten zwei Jahren in der VK weiterzuführen. Er bestätigt auch, dass die VK jetzt sehr gut funktioniert.

Caluori Marco war bisher nie Delegierter. Er ist lediglich versicherter Arbeitnehmer, der die Abrechnungen und Mitteilungen der BLVK bisher oft mit Verwunderung oder gar Unverständnis zur Kenntnis genommen hat. Er möchte als VK-Mitglied Fragen stellen, Antworten zu finden versuchen und so zu einer soliden Vorsorgeeinrichtung für die Lehrkräfte beitragen. Als Unbekannter kann er diese Arbeit vorurteilsfrei anpacken.

Fragen: Senften Urs, Bern-Nord entnimmt dem Anforderungsprofil, dass die Arbeitszeit des Präsidenten der VK rund zwei Wochenarbeitsstage beträgt. Hans-Rudolf Blatti ist neben seinem Amt als VK-Präsident auch noch Vizegemeindepräsident, Unterrichtender und Schulleiter. Urs Senften fragt sich, wie diese gesamte Arbeit trotz einer Reduktion von 20% bewältigt werden kann. Die Frage nach den zeitlichen Ressourcen geht auch an alle anderen Kandidierenden. Er empfiehlt Christoph Zürcher, weil der die Pensionierten vertritt und sich sehr aktiv auch mit den Delegierten in Kontakt gesetzt hat. Er möchte wissen, welche Kontakte die anderen bisherigen VK-Mitglieder mit den Delegierten gepflegt haben.

Blatti Hans-Rudolf hat sechs Wahlkreisversammlungen besucht, konnte diejenigen nicht besuchen, die gleichzeitig mit einer VK-Sitzung stattgefunden haben. Die Arbeitszeit von 40% wird im paritätischen Präsidium zwischen AG- und AN-Vertretung aufgeteilt. Die Unterrichtstätigkeit von Hans-Rudolf Blatti beträgt noch neun Lektionen pro Woche, das Amt als Vizegemeindepräsident übt er nur noch ein Jahr aus.

Diskussion: Stähli Rolf, Oberland-Süd empfiehlt Christoph Zürcher zur Wiederwahl. Er hat die Delegierten mit allem, was sie brauchten ausgerüstet. Die Delegierten brauchen Christoph Zürcher als ersten auf der Wahlliste.

Haldimann Christine, Oberraargau unterstützt die Kandidatur von Gertrud Hachen, welche als Frau die Mehrheit der Lehrerschaft vertreten wird.

Vizepräsident Francis Baour erinnert die Delegierten daran, dass man nie eine Mannschaft, die gewinnt, auswechseln soll. Der französischsprachige Kantonsteil hat einen VK-Sitz garantiert, Aurèle Schleppy soll aber nicht deswegen gewählt werden, sondern auf Grund seiner bisher gezeigten Qualitäten bei der Arbeit in der VK.

Seiler Philippe, Bern-Stadt unterstützt Marco Caluori, der mit seinem Alter den Grossteil der Versicherten vertreten würde.

Wahl: Die Bestimmungen über das Wahlverfahren führen zu folgendem Ablauf: in der ersten Runde wird der Sitz des französischsprachigen Teils des Kantons vergeben, in der zweiten Runde werden die restlichen vier Sitze vergeben. Aus dem französischsprachigen Kantonsteil liegt nur eine Kandidatur vor. Die Wahl erfolgt offen.

Schleppy Aurèle wird mit grossem Mehr bei einer Enthaltung für eine weitere Amtsperiode in die VK gewählt. Aurèle Schleppy nimmt die Wahl an.

Die übrigen vier Mandate werden in geheimer Wahl gewählt.

1. Wahlgang:	ausgeteilte Stimmzettel:	68	
	eingegangene Stimmzettel:	68	
	absolutes Mehr:	35	
gewählt sind:	Oesch Jürg	68	Stimmen
	Zürcher Christoph	63	Stimmen
	Hachen Gertrud	55	Stimmen
	Blatti Hans-Rudolf	47	Stimmen
Stimmen haben erhalten:	Caluori Marco	32	
	Neuenschwander Daniel	1	
	Leer	6	

Alle anwesenden Gewählten nehmen ihre Wahl an, Zürcher Christoph hat in seinem Mail signalisiert, dass, falls er gewählt wird, seine Wahl ebenfalls annehme.

Präsident Jürg Boss gratuliert allen Gewählten zum glanzvollen Resultat und spricht im Namen der DV die besten Wünsche für das verantwortungsvolle Amt aus. Er würdigt den Mut von Marco Caluori, gegen die bewährten bisherigen VK-Mitglieder anzutreten und damit eine echte Auswahl ermöglicht zu haben.

Präsident Jürg Boss bedauert, dass das bisherige VK-Mitglied Daniel Neuenschwander aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichten musste. Als versierter Versicherungsmathematiker war er Ansprechpartner für die theoretischen Zusammenhänge im Versicherungsbereich. Sein ausgedehntes Beziehungsnetz zu Fachleuten führte zu nützlichen Impulsen für die BLVK. Er hat sich in den vergangenen zwei Jahren hervorragend in die VK integriert, und sich als sehr kompetente und kontaktfreudige Person erwiesen. Die zunehmende Erblindung erschwerte es, die Flut von BLVK-Unterlagen vollständig zu verarbeiten. Jürg Boss würdigt den Humor und die positive Lebenseinstellung und dankt Daniel Neuenschwander im Namen der DV herzlich für die der BLVK geleisteten Dienste. Die DV bekräftigt diese Worte mit einem langanhaltenden Applaus.

5. Festsetzung der Entschädigungen an die Mitglieder der DV, an das Büro der DV und an die Wahlkreise

Präsident Jürg Boss erläutert, dass gemäss OgRDV Artikel 20 Abs. 2 die DV die Zuteilung der einzelnen Entschädigungen auf Antrag des Büros, in diesem Jahr noch die Spurgruppe, beschliesst.

Fricker Ueli, Mitglied der Spurgruppe gibt bekannt, dass die VK für das Jahr 2006 einen Rahmenkredit von Fr. 35'000.- festgelegt hat. Die Spurgruppe beantragt die den Delegierten in schriftlicher Form vorliegenden Entschädigungen.

Es gibt zu diesem Geschäft keine Wortmeldungen seitens der Delegierten.

Die DV beschliesst einstimmig, die Entschädigungen gemäss schriftlich vorliegendem Antrag der Spurgruppe auszurichten.

6. Die Verwaltungskommission berichtet

6.1 Tätigkeit der VK

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti berichtet über die Hauptarbeit des letzten Jahres. Neben den laufenden Geschäften wurde zusätzlich das BLVK-Gesetz eingeführt, Folgeerlasse wurden erarbeitet und die Empfehlungen der PUK umgesetzt. Verschiedene personelle Wechsel in Präsidium und VK bedingten zusätzlichen Aufwand. Die VK hat sich ebenfalls zum Ziel gesetzt, Kontakte zu pflegen. Der VK-Bericht enthält drei Schwerpunkte:

1. PUK-Bericht: Die VK hat „ihre Hausaufgaben“ gemacht. Die Empfehlungen der PUK an die VK wurden grösstenteils erfüllt, oder aber die entsprechenden Massnahmen eingeleitet. Die Leitung der VK durch einen externen Präsidenten wurde überprüft, eine solche würde aber vom ASVS nicht genehmigt. Die VK ist überzeugt, mit der heutigen Lösung eines paritätischen Präsidiums eine gute Form gefunden zu haben. Sämtliche externen Berater wurden wie gefordert ausgewechselt, ein regelmässiger Wechsel ist im Organisations- und Geschäftsreglement festgehalten.

2. Kommunikation: Die VK steht zum Grundsatz einer offenen und transparenten Kommunikation. Informationen sollen aber erst kommuniziert werden, wenn sie beschlossen und damit auch sicher sind. Mit den Partnern (Büro der DV, Personalverbände, regierungsrätliche Delegation, ERZ) soll schon in einer frühen Phase der Entscheidungsfindung regelmässig zusammengearbeitet werden. Die VK ist sich bewusst, dass bei der Kommunikation noch Optimierungsbedarf vorhanden ist, sie ist bestrebt, aus vergangenen Fehlern zu lernen und Verbesserungen vorzunehmen.

3. Arbeit in der VK: Die VK traf sich monatlich zu einer halbtäglichen Sitzung, jedes VK-Mitglied besuchte zudem noch mehrere Ausschusssitzungen, für das Präsidium und die Ausschusspräsidien kam die Vorbereitung dazu. Einzelne VK-Mitglieder hatten entsprechend ihrem Aufgabengebiet zusätzliche Arbeiten von nicht unbeträchtlichem Aufwand zu leisten. Dazu kamen Weiterbildungsveranstaltungen und das Studium der Akten. Die VK arbeitet gegenwärtig an der Entschädigungsfrage, damit für alle VK-Mitglieder eine Reduktion der angestammten Tätigkeit möglich wird.

6.2 Auflistung der Verwaltungskosten im Detail (Antrag Siegfried Merz)

Bergamin Ricco, Bern-Stadt verdankt die Präsentation der detaillierten Zahlen. Er schätzt diese Auflistung als sehr wertvolles Instrument und wünscht, dass dies auch in Zukunft weiter so geschieht.

Direktorin Françoise Bruderer findet die Idee sehr gut, die Verwaltungskosten werden auch in Zukunft so präsentiert.

Senften Urs, Bern-Nord wünscht, dass deutliche Abweichungen in den positiven oder negativen Bereich mit Fussnoten erklärt werden. Dies würde die Lesbarkeit erhöhen. Er will nähere Auskunft zum Bereich „Projekte“, wo fast eine Million Franken ausgegeben wurde, davon mehr als eine halbe Million Franken für das BLVK-Gesetz. Müssen diese Kosten nicht vom Kanton getragen werden, er gab ja dieses Gesetz in Auftrag. Nebst dem Betrag von Fr. 45'000.- verbleibt ein Betrag von Fr. 300'000.- für weitere Projekte, welche nicht näher bezeichnet werden.

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti antwortet, dass die gesamte Gesetzgebungsarbeit durch den Kanton getragen wurde. Die Fr. 560'000.- wurden für diejenigen Arbeiten benötigt, die das Gesetz der BLVK intern aufgegeben hat. So mussten Aufgrund des Gesetzes sämtliche Berechnungen im neuen Vorsorgereglement angepasst werden. Die Abklärungskosten für Verantwortlichkeitsklagen entstanden auch durch den Auftrag der DV. Die restlichen Kosten entstanden durch ein Informatikprojekt (Anpassungen der Software und Hardware).

Senften Urs, Bern-Nord ist mit der Antwort zufrieden. Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

6.3 Nachhaltige Anlagepolitik (Anträge Hermann Büchler)

Büchler Hermann, Seeland dankt der VK, dass sie das Anliegen Nachhaltigkeit aufgenommen hat. In Sachen „Corporate Governance“ ist viel gegangen, dieser Entscheid liegt im langfristigen Weg der Kasse richtig. Wird auch der Bereich soziale und ökologische Nachhaltigkeit durch die gewählte Corporate Governance-Agentur abgedeckt? Gibt es Anlagekriterien, die Nachhaltigkeit mitberücksichtigen, z.B. Minimalanforderungen. Bei fragwürdigen Projekten von Firmen sollte jemand an der dortigen Aktionärsversammlung Fragen stellen. Wie informiert die VK die BLVK-Mitglieder betreffend Nachhaltigkeit ihrer eigenen Tätigkeit.

VK-Mitglied Dominique Koch weist darauf hin, dass die BLVK ihre Anlagen seit 2003 mit Erfolg zu einem grossen Teil indexiert anlegt. Für die Aktien in der Schweiz beispielsweise wurde der SMI gewählt. Mit dieser Methode werden im Durchschnitt die besseren Renditen erwirtschaftet als mit aktiv gemanagten Mandaten. Sollen nun aber Anlagen bei Firmen, welche nicht nachhaltig wirtschaften, ausgeschlossen werden, so greift man in die Indexierung ein, ein passiver Anlagestil ist also nicht mehr möglich. Die Erzielung von Renditen, welche dem Markt entsprechen, wird von der BLVK erwartet.

Jedoch kann die BLVK versuchen, mit den Stimmrechten via Agentur bei „Dreckschleudern“ Druck zu machen, damit diese Firmen nachhaltiger arbeiten. Es ist übrigens wirkungsvoller, „Dreckschleudern“ etwas ökologischer zu gestalten als saubere Firmen noch nachhaltiger produzieren zu lassen.

Der Anlageausschuss hat grosse Sympathien für das Anliegen der Nachhaltigkeit, das Thema soll weiter bearbeitet werden.

Am 1. Juli 2006 beginnt die BLVK bzw. die beauftragte Agentur mit der aktiven Stimmrechtsausübung. Die DV soll in gezielter Weise darüber informiert werden. Hermann Büchler ist mit der Antwort zufriedengestellt.

6.4 Information über den Primatwechsel (Antrag Heinz Aellen)

Traktandum gestrichen, da der Vorsitzende der Gesamtprojektleitung, Regierungsrat Urs Gasché am 28. Juni 2006 im Rathaussaal informieren wird.

6.5 Auskunft über das Immobilien-Dossier (Anfragen Oberland-Süd, Bern-Süd und Siegfried Merz / Ricco Bergamin)

Beetschen Hans, Bern-Nord hatte keine Möglichkeit, das gesamte Immobiliendossier durchzuschauen und zu beurteilen. Der Firma Chuard, eingemietet seit 1994 in einer BLVK-Liegenschaft, wurden wiederholt Mietzinsreduktionen gewährt. Er begreift nicht, was da passiert ist.

Bergamin Ricco, Bern-Stadt stellt in der Eingabe die Frage, wie sich die Kosten in den Liegenschaften Uettligen und Zollikofen entwickelt haben. Er erwartet an der heutigen DV den Bericht dazu.

Merz Siegfried, Bern-Stadt möchte Auskunft betreffend Verflechtungen der BLVK mit der Sarner Cristal AG und der Glütschbach AG.

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti antwortet in Vertretung des abwesenden Präsidenten des Immobilienausschusses. Mit der Firma Chuard besteht heute ein Mietvertrag, welcher überprüft wird. Der Immobilienausschuss muss sich an die bestehenden Gesetze halten. Es ist jedoch klar, dass die Firma Chuard einen marktgerechten Mietzins zu zahlen hat.

Die Honorare der BLVK an die IBP für die Liegenschaften Uettligen und Zollikofen sind auf Seite 3 der Stellungnahme der VK dargestellt. Es handelt sich dabei um Kostendächer, die IBP wird nicht mehr erhalten als vereinbart wurde.

Die Glütschbach AG, welche zu 100 Prozent der BLVK gehört, ist Eigentümerin der Liegenschaft, in welcher Sarner Cristal AG bis zum Konkurs eingemietet war. Die VK hat die Direktion beauftragt, die Liegenschaft zu verkaufen.

Beetschen Hans, Bern-Nord erklärt sich mit der vorliegenden Antwort nicht befriedigt.

6.6 Auskunft über die Behebung der Anwendungsprobleme von Art. 5 Abs. 2 BLVK-VR (Anfrage Bern-Süd)

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti erläutert: Die im August 2005 festgelegte Abwicklung der Geschäftsfälle „Änderung des versicherten Verdienstes und/oder Beschäftigungsgrades“ als Totalaus- und eintritt hat zu unverständlichen Resultaten geführt. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Ausgestaltung der Barwert- und der Einkaufstabelle.

Die VK hat an der Sitzung vom 26. April 2006 folgende Änderungen beschlossen:

- Bei Änderungen des versicherten Verdienstes und/oder des Beschäftigungsgrades wird für den sich ändernden Teil eine gewichtete Neubestimmung der erworbenen Versicherungsjahre vorgenommen;
- Die Toleranzregelung (12,5%) wird um zwei Semester verlängert;
- Für Wohneigentumsförderungsvorbezüge und Scheidungsfälle wird ein individuelles Vorbezugskonto eingeführt.

Diese Änderungen treten rückwirkend auf den 1. Juni 2005 in Kraft, sobald sie vom Regierungsrat genehmigt und vom ASVS sanktioniert sind.

Es sind auf verschiedenen Stufen Fehler passiert. Das neue Vorsorgereglement wurde noch vom alten versicherungstechnischen Experten erarbeitet und verrechnet. Der neue Experte hat bei der Umsetzung für die erwähnten Geschäftsfälle die für ihn übliche Methode des Totalaus- und -eintritts festgelegt, damit keine Finanzierungslücke entsteht. Nach dem Auftreten der schockierenden Zahlen musste der neue Experte in langwieriger Arbeit die Gedankengänge des alten Experten nachvollziehen. In intensiver Zusammenarbeit VK-Direktion-Experte wurde dann eine Lösung gefunden, welche die Änderungen des versicherten Verdienstes und des BG gerecht behandelt.

Für die Unannehmlichkeiten, die die Versicherten erlitten haben, übernimmt die VK die Verantwortung und bittet sie um Entschuldigung. Die VK prüft nun die Einführung des Drehtürprinzips (gleiche Barwert- und Einkaufstabelle). Dieses Projekt braucht aber eine gewisse Zeit.

Die Fragesteller sind mit der Antwort zufrieden.

6.7 Auskunft zur Präsidiumsfrage (Anfrage Siegfried Merz / Ricco Bergamin)

Bergamin Ricco, Bern-Stadt bestätigt, dass in der schriftlichen Stellungnahme der VK die gestellten Fragen mit einer Ausnahme beantwortet werden. Es bleibt aber die Frage, wie weit Expertisen für den Auftraggeber überhaupt von Nutzen sind. Welche Schlüsse zieht man aus der Tatsache, dass die Gutachter nicht einmal wussten, dass nach BVG ein externes Präsidium gar nicht möglich ist.

Die VK nimmt keine Stellung dazu.

Senften Urs, Bern-Nord verlangt Auskunft über das „Reglement“ der VK, welches zwar schon erwähnt wurde, aber nicht eingesehen werden kann. Was ist zu verstehen unter „das Präsidium konstituiert sich selbst“?

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti weist auf das BLVK-Gesetz hin, in welchem steht, dass die VK sich selbst konstituiert. Die VK hat ein Organisations- und Geschäftsreglement erstellt, in welchem nebst vielem anderem geregelt ist, wie das Präsidium gehandhabt wird. Dieses Reglement ist nicht geheim, es kann jederzeit eingesehen werden.

7. Verantwortlichkeitsklage

Die 105. o. DV vom 26. Mai 2004 hat mit grossem Mehr folgenden Beschluss gefasst: „Sollte der Bericht der Sonderprüfung der Finanzkontrolle des Kantons Bern den Verdacht erhärten, dass mit der Verwaltung, Geschäftsführung oder Kontrolle betraute Personen der BLVK Schaden absichtlich oder fahrlässig zufügten, beantragen wir, gestützt auf Art. 52 BVG, dass die VK im Namen der BLVK ohne Weiteres alle entsprechenden Massnahmen ergreift und unter anderem ohne Verzug Verantwortlichkeitsklagen einreicht.“

An der 106. ao. DV vom 10. November 2004 wird der Beschluss mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„Die VK bzw. Spurgruppe werden beauftragt in Zusammenarbeit mit der PUK Abklärungen über weitere konkrete Klagemöglichkeiten zu prüfen, um bei einiger Aussicht auf Erfolg zu Gunsten der BLVK Schadenersatzansprüche mit den entsprechenden (Rechts)mitteln geltend zu machen.“

An der heutigen DV soll darüber befunden werden, ob an diesem Beschluss festgehalten wird oder nicht.

7.1 Bericht der VK

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti erinnert daran, dass Professor Dr. Walther an der ao. DV 2004 über Voraussetzungen und Chancen von Verantwortlichkeitsklagen informiert hat. Die VK hat damals dargelegt, dass sie auf Grund der Expertisen den Rechtsweg nicht beschreiten werde. Der PUK-Bericht stützt den Entscheid der Verwaltungskommission bei Klagen gegen die frühere Direktion und die frühere VK. Hingegen war die PUK der Ansicht, dass der versicherungstechnische Experte Chuard seine Pflichten nicht sorgfältig genug erfüllt habe. Die PUK empfahl der BLVK, die notwendigen Abklärungen vorzunehmen. Die BLVK liess bei Dr. Andreas Jost ein Gutachten erstellen. Dieser gelangte zum Schluss, dass eine Klage gegen den versicherungstechnischen Experten aussichtslos wäre. Der Hauptgrund liegt in der klaren Kompetenzzuordnung. Die VK ist das führungskompetente Organ der BLVK, eine Delegation dieser Kompetenz ist nicht zulässig. Der Experte hat nur eine Kontroll- und Beratungsfunktion.

Die VK hat deshalb am 19. Oktober 2005 ihren Entscheid bestätigt und hält daran fest, dass sie keine Verantwortlichkeitsklagen erheben wird. Hängig ist noch eine Einsprache der BLVK bei der eidg. Beschwerdekommision gegen die Verfügung des ASVS, Schadenersatzklagen einzureichen. Die VK erachtet den Antrag als erfüllt und beantragt, ihn von der Geschäftsliste abzuschreiben, vorbehalten bleiben neue Erkenntnisse und der Entscheid der eidg. Beschwerdekommision.

7.2 Antrag der Spurgruppe

Keller Barbara, Mitglied der Spurgruppe hält fest, dass angesichts der zahlreichen Unregelmässigkeiten in Zusammenhang mit der früheren Geschäftsführung der BLVK die Erkenntnis noch immer schwer fällt, dass kein rechtlicher Weg zur Wiedergutmachung der Verluste erfolgreich sein soll. Sämtliche Gutachter sind sich einig, dass Verantwortlichkeitsklagen keine Aussicht auf Erfolg hätten. Selbst wenn Klagemöglichkeiten aussichtsreich vorhanden und eine Verurteilung denkbar wären, dürften der Kasse kaum Schadenersatzsummen in der Grössenordnung der ehemals erlittenen Verluste zufließen. Hinzu kämen aber Anwalts- und Gerichtskosten in beträchtlicher Höhe. Trotzdem beantragt die Spurgruppe, am Beschluss vom 10. November 2004 festzuhalten. Damit bleibt die Kasse verpflichtet, beim Auftauchen von neuen erfolgversprechenden Erkenntnissen oder Tatsachen, Klage einzureichen.

Diskussion: Kieliger Franz, Oberland-Nord „glaubt“ keiner Expertise, die er nicht selbst in Auftrag gegeben hat. Die Widersprüchlichkeit ist auffallend. Ist das ASVS so unbedarft, dass etwas eingefordert wird, was in Gutachten als unmöglich oder aussichtslos beurteilt wird? Der Experte Chuard habe keine Verantwortung zu über-

nehmen, da diese einzig bei der VK liege. In diesem Falle müsste aber doch eine Klage gegen die ehemalige VK aussichtsreich sein. Franz Kieliger unterstützt den Antrag der Spurgruppe.

Stähli Rolf, Oberland-Süd erkundigt sich, ob es noch Personen in der VK gebe, die damals dabei waren? (Die Antwort der VK lautet nein.) Er schliesst sich im übrigen seinem Vorredner an.

Abstimmung:	Rückkommensantrag:	ja	26 Stimmen
		nein	24 Stimmen
	Antrag der Spurgruppe (festhalten)		61 Stimmen
	Antrag der VK (abschreiben)		5 Stimmen

Am Beschluss „Verantwortlichkeitsklage“ vom 10. 11. 04 ist somit festzuhalten.

8. Ausfinanzierung

Die o. DV vom 26. Mai 2004 hat mit grossem Mehr bei 6 Gegenstimmen folgendem Antrag zugestimmt:

„Wir verlangen von der VK, dass der durch die Auflösung der Langlebigkeitsreserve in der versicherungstechnischen Bilanz entstandene Fehlbetrag von 387 Mio. Fr. beim Kanton geltend gemacht wird.“

Auch bei diesem Geschäft geht es darum, zu befinden ob an diesem Beschluss festgehalten wird oder nicht.

8.1 Bericht der VK zum Antrag Hans Bangerter

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti erinnert daran, dass die VK zu diesem Thema bereits an den DV vom 10. November 2004 und vom 18. Mai 2005 berichtet hat. Die Ausfinanzierung war fachtechnisch ungenügend. Über die Grösse einer ausreichenden Ausfinanzierung gab es verschiedene Vorstellungen. Auch die PUK hat sich mit der Ausfinanzierung beschäftigt, und deren Bericht sollte abgewartet werden. Die PUK kommt zum Schluss, dass die Aufteilung des an sich plausiblen Gesamtbetrages zu Ungunsten der BLVK ausgefallen sei. Ein versicherungstechnisch wesentliches Element sei unberücksichtigt geblieben. Einen exakten Fehlbetrag nennt die PUK nicht, und eine Empfehlung, wie mit dieser Tatsache umzugehen sei, gibt sie auch nicht. Es fehle der BLVK ein Betrag in dreistelliger Millionenhöhe. Die damalige Ausfinanzierungsvorlage wurde gegenseitig akzeptiert und auf Gesetzesstufe rechtsgültig verankert. Die VK erachtet es als ihre Pflicht, alles zu versuchen, dass die Benachteiligung korrigiert wird. Sie hat an der Sitzung vom 26. April 2006 beschlossen, dem Regierungsrat mitzuteilen, dass er die falsche Ausfinanzierung bei nächster Gelegenheit korrigieren soll. Die VK erachtet damit den Antrag der Sektion Biel-deutsch als erfüllt und beantragt der DV, die Abschreibung von der Geschäftsliste.

8.2 Antrag der Spurgruppe

Müller Beat, Bern-Stadt erläutert die Meinung der Spurgruppe. Der Antrag Bangerter ist nicht erfüllt, es ist daran festzuhalten. Der VK-Beschluss vom 26. April 2006 genügt nicht, ist zu schwach und schwammig. Dem Regierungsrat soll nicht nur „mitgeteilt“, er muss **aufgefordert werden, die Ausfinanzierung unverzüglich zu korrigieren**. Der PUK-Bericht bestätigt, dass für die BLVK die 10%ige Verstärkung ihrer Deckungskapitalien aufgrund der höheren Lebenserwartung der Lehrkräfte in der Berechnung des Ausfinanzierungsbetrages nicht berücksichtigt wurde. Die PUK kommt zum Schluss, dass die Aufteilung des plausiblen Totalbetrages nicht korrekt erfolgt sei.

In der Ausfinanzierung sind unter grossem Zeitdruck verschiedene Fehler passiert, welche jetzt unverzüglich korrigiert werden müssen, denn jetzt weist unsere Kasse eine Deckungslücke auf und wird mit unseren Beiträgen saniert.

Diese Argumente kann die VK benützen, um die Hebel beim Regierungsrat in Bewegung zu setzen und Druck zu machen.

Die VK soll durch die DV aufgefordert werden, beim Regierungsrat zu erwirken, dass die Ausfinanzierung unverzüglich korrigiert wird und der BLVK die unrechtmässig vorenthaltenen Gelder bezahlt werden!

Diskussion: Bangerter Hans, Seeland ergänzt, dass es von unwahrscheinlicher Bedeutung für die VK sein muss, dass Regierungs- und Grossrat nach den Wahlen von 2006 neu zusammengesetzt sind. Die Konstellation könnte nicht besser sein, die Erziehungsdirektion ist neu mit dem ehemaligen PUK-Präsidenten besetzt. Das Mandat soll bei Regierungs- und Grossrat weiterverfolgt werden.

Kieliger Franz, Oberland-Nord wünscht sich von der VK, dass die Delegierten an der nächsten DV zu hören bekommen, welche Ergebnisse die Forderungen an den Regierungsrat substantiell gebracht haben.

Abstimmung:	Rückkommensantrag:	ja	46 Stimmen
		nein	4 Stimmen
	Antrag der Spurgruppe (festhalten)		65 Stimmen
	Antrag der VK (abschreiben)		0 Stimmen

Am Beschluss „Ausfinanzierung“ vom 26. 5. 04 ist somit festzuhalten.

9. Anträge

9.1 „Aufarbeitung des BLVK-Debakels aus der Sicht der Versicherten“ (Seeland)

„Die Wahlkreisversammlung Seeland stellt zuhanden der DV den Antrag, dass das BLVK-Debakel in einem Weissbuch aufzuarbeiten ist aus Sicht der Versicherten. Das Büro der DV setzt zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe ein, bestehend aus Mitgliedern der ehemaligen Spurgruppe und weiteren Interessierten. Das Weissbuch wird bis zur nächsten DV den Delegierten vorgelegt.“

Wacker Stefan, Mitglied der Spurgruppe begründet den Antrag. Die Spurgruppe wurde eingesetzt, als der BLVK ein „Vollbrand“ im Hause stand. Sie setzte sich dann ein, dass ein einigermaßen gesicherter und strukturierter Weg zum neuen BLVK-Gesetz und zu einem neuen Vorsorgereglement begangen werden konnte. Die Spurgruppe ist nun der Ansicht, dass damit das BLVK-Debakel nicht erledigt ist und unterstützt den Antrag. Es fehlt die Stellungnahme aus Sicht der Versicherten. Die Fragen der Verantwortlichkeit und der Haftbarmachung müssen aus der Sichtweise der Delegierten festgehalten und publiziert werden. Die Delegierten haben im Namen der Versicherten ebenfalls ein Recht auf Stellungnahme. Das Büro der DV ist bereit, die Fakten zu erarbeiten. Es darf nicht kommentarlos zur Tagesordnung übergegangen werden.

Diskussion: Fritschi Jörg, Seeland bittet im Namen des Vorstandes Wahlkreis Seeland das Wort „Weissbuch“ durch „Dokumentation“ zu ersetzen. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich nicht um einen Parallelbericht zum PUK-Bericht handelt.

Bangerter Hans, Seeland hält fest, dass sich Resignation der Betroffenen trotz des unvorstellbaren Ausmasses nicht breit machen darf. Die Delegierten sind bis anhin nicht zu Wort gekommen. Die kaum vorstellbaren Verfehlungen, Fehleinschätzungen oder Unterlassungen auf allen Stufen bedürfen eines Festhaltens des Geschehenen in konzentrierter, schriftlicher Form aus Sicht der Geschädigten. Diese Schrift soll auch eine Gedenkschrift werden für die jetzt Geschädigten und die kommenden, noch davon Betroffenen. Wer Gelder in dreistelliger Millionenhöhe, die ihm nicht gehören, in den Sand setzte, gehört beim Namen genannt zu werden.

Der PUK-Bericht hält fest, dass auch die Delegierten am Debakel ein gewisses Mass an Mitverantwortung zu tragen haben. An der DV 1997 wurde von den Sektionen Thun und Biel-deutsch eine lückenlose Durchleuchtung der Ventures und der Immo-Geschäfte gefordert. Die Anträge wurden nach beschwichtigenden Worten der VK und der Direktion abgelehnt. Heute wissen wir: Vertrauen ist gut, Kontrolle wäre besser gewesen. Den Delegierten heute daraus Mitverantwortung anzulasten scheint doch etwas weit hergeholt, wenn man bedenkt, dass sie alle damals rundherum und bewusst angelogen wurden.

Deshalb ist eine Denkschrift aus der Sicht der Geschädigten schlichtweg notwendig. Die Kosten dieser Schrift sind in keinem Verhältnis und geradezu lächerlich im Vergleich zu den Zahlungen, welche damals zugeschanzt wurden.

Die Schrift könnte für weitere Vorstösse in Sachen Ausfinanzierung für die Vertreter der Kasse beitragen und zu einem nützlichen Argumentarium werden. Hans Bangerter bittet die Delegierten deshalb, den Antrag zu unterstützen.

Bergamin Ricco, Bern-Stadt ist in der Sache einverstanden und fragt an, ob genügend qualifizierte Leute vorhanden seien?

Wacker Stefan antwortet aus Sicht der Spurgruppe. Die Angelegenheit soll aus Sicht der Versicherten bewertet werden. Es geht nicht darum, nochmals Juristen oder Fachleute zu suchen, sondern Leute zu finden aus der ehemaligen Spurgruppe, welche das ganze Geschehen über zehn Jahre kennen.

Von Känel Eduard, Oberland-Süd will im Namen der Wahlkreisversammlung Antwort auf die Frage nach den Kosten. Über den Nutzen war man sich einig, aber die Kosten sollten eventuell mit einem Kostendach abgegrenzt werden können.

Präsident Jürg Boss antwortet, dass sich bei Annahme des Antrags eine Gruppe findet, welche ein Programm erstellen und eine Kostenabschätzung machen wird. Weil dies alles Delegierte oder ehemalige Delegierte sein werden, können die Kosten nicht ins Unermessliche steigen. Es wird auch ehrenamtliche Arbeit erwartet. Von Känel Eduard ist mit der Antwort zufrieden.

Dem Antrag auf „Aufarbeitung des BLVK-Debakels“ wird mit 56 Stimmen gegen 6 Stimmen zugestimmt. Das Büro der DV wird die entsprechende Arbeitsgruppe einsetzen.

9.2 „Überrissene Managementgehälter“ (Max Baur, Bern-Stadt)

„Die VK/Direktion hat mit der Stiftung Ethos (Herr Dominique Biedermann) in Verbindung zu treten; diese möge mit den Aktienstimmen der BLVK und anderen Pensionskassen für die GV 2007 der UBS die Aufnahme eines Traktandums erwirken, das die Begrenzung der Managerlöhne auf das maximal 50-fache des Durchschnittslohnes der übrigen UBS-Mitarbeiter in der Schweiz zum Ziele hat. Analoges Vorgehen ist angezeigt für sämtliche Gesellschaften mit übersetzten Verwaltungsrats- und Managementvergütungen, wobei die Aktionäre/Aktionärinnen Auswüchse verhindernde, angemessene Begrenzungsmechanismen beschliessen können.“

Da der Antrag nicht traktandiert wurde, muss gestützt auf Art. 9 Abs. 2 des OgRDV über Eintreten entschieden werden, für die Zustimmung ist die 2/3-Mehrheit erforderlich. Die DV stimmt mit 53 ja gegen 4 nein dem Eintreten zu.

Baur Max, Bern-Stadt begründet seinen Antrag mit der in den letzten Wochen stark an Dynamik gewonnenen Diskussion betreffend überrissener Managergehälter. Das zur Zeit in Revision stehende Aktienrecht soll ein taugliches Hilfsmittel werden, dagegen vorzugehen. Es sei Sache der Eigentümer (Aktionäre), die Bezüge des Managements festzulegen. Der Gefahr, dass sich Verwaltungsräte und CEO's auf Kosten der Aktionäre ungerechtfertigt bereichern, müsse Einhalt geboten werden. Über die Bezüge der Verwaltungsräte und der Geschäftsleitung soll Transparenz bis ins letzte Detail herrschen. Das neue Gesetz müsste vorschreiben, dass die GV für die Lohnpolitik zuständig sei.

Die Wahlkreisversammlung hat den ersten Teil dieses Antrag einstimmig gutgeheissen. Die Formulierung des Antrags wurde anschliessend durch Max Baur noch ganz leicht modifiziert, resp. durch den letzten Abschnitt ausgeweitet.

VK-Mitglied Dominique Koch erklärt, dass die VK mit der Stossrichtung des Auftrags keine Probleme bekunde. Die BLVK arbeitet jedoch mit der „Corporate Governance Agentur Schweiz“ zusammen und nicht mit „Ethos“, der Antrag müsste deshalb dahingehend modifiziert werden. Die BLVK hat die Stimmrechte grundsätzlich an die CGAS delegiert, das heisst, die BLVK akzeptiert deren Kriterienkatalog und greift nicht aktiv ein. Damit wurde auch die Frage der überrissenen Managementgehälter delegiert. Die BLVK könnte aber mit der CGAS ein Vorgehen besprechen, wie die-

sem Aspekt noch mehr Gewicht beigemessen würde. In diesem Sinne ist die VK bereit, den Antrag anzunehmen.

Baur Max, Bern-Stadt ist mit der Modifizierung seines Antrages einverstanden.

Dem Antrag „Überrissene Managementgehälter“ von Max Baur wird mit 58 Stimmen gegen 1 Stimme zugestimmt.

9.3 „Telefonnummern“ (Rolf Rüfenacht, Bern-Stadt)

„Die VK der BLVK liefert eine Liste von Telefonnummern, damit die verschiedenen Schulstufen mit den direkt Verantwortlichen der Kasse rasch verbunden werden.“

Die DV stimmt mit 27 ja gegen 19 nein für Eintreten. Die notwendige 2/3-Mehrheit wird damit nicht erreicht. Die Versammlung ist einverstanden, den Antrag auf die nächste DV zu übernehmen.

9.4 „Freiwillige Weiterversicherung“ (Seeland)

„Die BLVK bietet versicherten Personen im Umfang der Reduktion des versicherten Verdienstes weiterhin eine Versicherungsmöglichkeit an. (Vorbehalten bleibt die Versicherung bei geringfügiger Senkung des Beschäftigungsgrades gemäss Art. 6 BLVKG und Art. 8 BLVK-VR)“

Lauper Martin, Seeland ruft in Erinnerung, dass Lohneinbussen und ebenso Pensenreduktionen in der bernischen Schule heute zum Alltag gehören. Es muss unbedingt eine Möglichkeit bestehen, dass die versicherte Person weiterhin auf dem vorherigen Niveau versichert bleiben kann.

Die DV stimmt mit 60 ja gegen 0 nein dem Eintreten zu.

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti erinnert die Delegierten daran, dass eine freiwillige Weiterversicherung gemäss BLVKG verboten ist. Das BLVKG müsste also geändert werden. Aus Sicht der VK gibt es keine Probleme für eine freiwillige Weiterversicherung. Adressat für eine Gesetzesänderung ist der Grosse Rat.

Diskussion: wird nicht gewünscht. Präsident Jürg Boss präzisiert, dass bei Annahme des Antrags die VK verpflichtet wird, den Beschluss an den Regierungsrat weiterzuleiten.

Dem Antrag „freiwillige Weiterversicherung“ des Wahlkreises Seeland wird mit 61 Stimmen gegen 1 Stimme zugestimmt.

10. Jahresberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004

Die beiden Jahresberichte und -rechnungen sind bisher noch nicht genehmigt worden.

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti erinnert die Delegierten daran, dass mit dem Bericht der PUK die Vergangenheit aufgearbeitet worden ist. Es gibt aus Sicht der VK

keinen Grund mehr, die Geschäftsberichte und Jahresrechnungen nicht zu genehmigen. Die Genehmigung der Geschäftsberichte hat auch keinen Einfluss auf die Möglichkeit der BLVK, beim Auftauchen neuer, bisher nicht bekannter Tatbestände gegen Verantwortliche gerichtlich vorzugehen. Die VK beantragt der DV, die Jahresberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004 zu genehmigen.

Kipfer Manfred vertritt die Haltung der Spurgruppe: Es darf mit einer Genehmigung jetzt nicht „alles unter den Tisch gewischt“ werden, wenn noch nicht alles klar ist. Die Anstrengungen zur Aufarbeitung des BLVK-Debakels sollen nicht gebremst werden. Die Spurgruppe beantragt der DV, die alten und schlechten Rechnungen nicht zu genehmigen.

Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Genehmigung: Die DV genehmigt die beiden Jahresberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004 mit 0 ja zu 62 nein nicht.

11. Jahresbericht und Jahresrechnung 2005 Bericht der Kontrollstelle u. des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge

Direktorin Françoise Bruderer erwähnt, dass die VK an ihrer Sitzung vom 29. März 2006 Jahresbericht und -rechnung 2005 auf Empfehlung der neuen Revisionsstelle genehmigt hat. Der Geschäftsbericht 2005, gemäss den Vorschriften und Richtlinien von Swiss GAAP FER 26 erstellt, zeigt transparent die tatsächliche finanzielle Lage der BLVK auf. Nach mehreren Änderungen in der Struktur präsentiert sich jetzt der definitive Aufbau, nach welchem auch die künftigen Geschäftsberichte erstellt werden. Für das Jahr 2005 wird der Anlagestrategie entsprechend mit 10,06% eine gute Rendite erreicht. Die Aktien, mit einem strategischen Mittelwert von 25% der gesamten Anlagen, brachten mit über 30% den Löwenanteil an Performance. Finanziell wenig ins Gewicht fallend ist die Trennung von den verbleibenden Ventures mit dem Ziel der Schadensminderung. Der Deckungsgrad liess die gefährliche Grenze von 80% zwar hinter sich, hat aber die Marke von 90% noch nicht erreicht, und so bleibt die BLVK in einer erheblichen Unterdeckung. Die Sanierungsmassnahmen dürfen deshalb auf keinen Fall gelockert werden. Von der für das finanzielle Gleichgewicht der BLVK erforderlichen Rendite steuern die Sanierungsbeiträge der Mitglieder ca. 20% bei.

Der Leistungsplan legt eine maximale Altersrente von 65% des letzten versicherten Verdienstes fest, sofern die versicherte Person 38 Versicherungsjahre aufweist und das 63. Altersjahr vollendet hat, also genau gleich wie unter den alten Statuten. Die gegenwärtig gültigen 40 Versicherungsjahre mit Alter 65 sind eine Sanierungsmassnahme und kein Dauerzustand.

Der neue Vorsorgeplan hat auch Auswirkungen auf die Verwaltungskosten, welche im Geschäftsjahr 2005 trotzdem wiederum gesenkt werden konnten. Obschon die Dossierverwaltung und die Informatik erhebliche Aufgaben zu meistern hatten, bleiben die Verwaltungskosten bei allen Entscheiden ein massgebliches Kriterium. Es bleibt ein wichtiges Ziel, die ordentlichen Beiträge in naher Zukunft senken zu können.

In fast allen Bereichen der BLVK wurden Projekte initialisiert, insbesondere im Controllingwesen und im versicherungstechnischen Bereich, um die Grundlagen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der BLVK zu gewährleisten.

Direktorin Françoise Bruderer schliesst mit einem besonderen Dank an die Versicherten, für ihre Geduld und ihr Verständnis. Dank gebührt ebenfalls den Mitarbeitern der BLVK, ohne deren Wirken hätte das „Schiff der BLVK“ die Werft wohl nie verlassen.

Es werden keine weiteren Auskünfte verlangt.

Kenntnisnahme: Gemäss Art. 30, Abs. 4 des BLVK-Gesetzes nimmt die DV von Jahresbericht und Jahresrechnung 2005 Kenntnis.

12. Verschiedenes

12.1 Aus- und Weiterbildungsangebot für Delegierte. Orientierung VK

Die VK hat die Anregung von Peter Krähenbühl, Bern-Nord entgegengenommen. VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti orientiert über das Grobkonzept. Die VK schlägt einen halben Tag Weiterbildung im Zeitraum Herbst 2006 vor. Die Veranstaltung würde durch eine Vertretung der VK, zusammen mit Direktion und Präsidium der DV vorbereitet und durchgeführt. Inhaltswünsche werden gerne bis Ende Juni zuhanden von Präsident Jürg Boss entgegengenommen.

Peter Krähenbühl ist mit dem Vorgehen so einverstanden.

Die Konsultativabstimmung ergibt eine einstimmige Befürwortung einer solchen Weiterbildung.

12.2 Zuteilung der Versicherten Bienne-frz. zum Wahlkreis Seeland.

Stellungnahme der Spurgruppe: Kurz vor Weihnachten 2005 entstand eine Verwirrung wegen der Zuteilung der Mitglieder Biel-französisch zum Wahlkreis Seeland.

Schneiter Markus, Mitglied der Spurgruppe erläutert: Für die Entwicklung und Erarbeitung des „Organisationsreglements DV“, des „Anforderungsprofils“ und der „Verordnung für die Wahl der Delegierten“ hat die Spurgruppe drei Arbeitsgruppen gebildet. Die ausgearbeiteten Entwürfe wurden anschliessend im Plenum der Spurgruppe vertieft diskutiert. Das OgRDV und das Anforderungsprofil konnten fertig erarbeitet werden und wurden durch die DV BLVK vom 18. Mai 2005 genehmigt.

Genehmigungsorgan für die BLVK WV ist jedoch der Regierungsrat. Die Arbeit der Spurgruppe bestand in diesem Falle nur darin, Leitideen und Grundsätze zu erarbeiten, welche anschliessend durch Frau Tobler, Juristin der Erziehungsdirektion, in den korrekten Verordnungstext umgewandelt wurden. In Artikel 1 werden die Wahlkreise festgelegt. Die Arbeits- und die Spurgruppe haben sich dabei stets dafür ausgesprochen, die französischsprachigen Mitglieder von Biel dem Wahlkreis Berner Jura zuzuordnen. Diese Zuordnung wurde im Artikel 33 (erstmalige Wahlkreisversammlungen) auch so festgehalten.

Frau Tobler hat richtig erkannt, dass in einem Anhang zur Wahlverordnung alle Gemeinden einem Wahlkreis zugeordnet werden müssen, um allfällige Missverständnisse zu beseitigen. Die ganze Gemeinde Biel wurde dem Wahlkreis Seeland zugeprochen, die entsprechende Passage in Artikel 33 geändert. An der Sitzung vom 25. April 2005 in der Erziehungsdirektion hat sich die Arbeitsgruppe nochmals vehement für die Teilung von Biel eingesetzt, in Artikel 33 wurde Biel französisch wiederum dem Wahlkreis Berner Jura zugeteilt. Diese Fassung hat der Regierungsrat genehmigt.

Der Artikel 33 regelt aber nur die „erstmalige Wahlkreisversammlung“. Im erwähnten, durch die ED erarbeiteten Anhang 1 ist jedoch gesamte Gemeinde Biel dem Wahlkreis Seeland zugeordnet. Dieser Fehler hat dazu geführt, dass die französischsprachigen Mitglieder der Stadt Biel nun doch zum Wahlkreis Seeland gehören.

Im Seeland wurden die Mitglieder von Biel französisch herzlich aufgenommen. Zwei französischsprachige Delegierte wurden gewählt, was der proportionalen Verteilung auch entspricht. Präsident Jürg Boss ergänzt in seinem Schreiben an ein Mitglied: „In der Zwischenzeit bin ich persönlich zur Ansicht gelangt, dass die Zuteilung der Welschbieler zum Seeland zweckmässig und richtig ist. In Zeiten, da die Stadt Biel eine Integrationsbeauftragte eingesetzt hat, mit dem Ziel, die beiden Sprachgruppen einander anzunähern, wo auf politischer Ebene aus den bisherigen drei seeländischen Planungsverbänden ein einziger Gemeindeverband „seeland.biel/bienne“ gebildet wird, sollten nicht ausgerechnet die BLVK-versicherten Lehrkräfte Trennungen bevorzugen.“

Die Spurgruppe schlägt vor, die jetzige Regelung vorläufig beizubehalten und die Entwicklung zu beobachten. Änderungsanträge zur BLVK WV müssten an die Bewilligungsbehörde, den Regierungsrat gestellt werden.

12.3 Erlasse (BLVK WV, OgRDV, Anforderungsprofil AN-Vertretung) sind den Delegierten auszuhändigen und im Internet aufzuschalten (Bern-Nord)

Dem Wunsch des Wahlkreises Bern-Nord wurde inzwischen entsprochen.

Senften Urs, Bern-Nord bestätigt dies. Er musste sich als neuer Delegierter auf die Suche des BLVK-Gesetzes machen und fand es dann unter der Homepage des Kantons. Er wünscht, dass sowohl BLVK-Gesetz als auch Vorsorgereglement an alle Mitglieder zu versenden seien.

Präsident Jürg Boss versichert, dass sich das Büro der DV an der ersten Sitzung dem Thema „Kommunikation“ annehmen wird.

Direktionsassistentin Doris Stähli kann diesen Vorwurf nicht auf der Verwaltung sitzen lassen. Sowohl das BLVK-Gesetz wie das Vorsorgereglement sind seit dem 1. Juni 2005 auf der Homepage aufgeschaltet. Sämtliche Unterlagen wurden allen Versicherten im Juli 2005 persönlich zugestellt.

Weitere Wortbegehren

Haldimann Christine, Oberaargau hat im Namen des Bernischen Gymnasiallehrerverbandes nachgefragt, wie das Debakel um den Artikel 5 im Vorsorgereglement gelöst werde, aber noch keine klare Antwort erhalten.

Direktorin Françoise Bruderer antwortet, dass der Entscheid der VK am gleichen Tag kommuniziert wurde. Vor einer offiziellen Antwort muss aber erst die Genehmigung des Regierungsrates abgewartet werden. Dann wird umgehend per Internet informiert. Auch die Korrektur der Dossiers wird erst am Tag nach der Genehmigung in Angriff genommen.

Der Präsident des Wahlkreises Jura-bernois wünscht im Namen seines Wahlkreises einen „news-letter“ mit den aktuellen Neuigkeiten für alle Mitglieder.

VK-Präsident Hans-Rudolf Blatti schlägt vor, dass alle Anliegen zum Thema „Information“ in Zusammenarbeit von VK und Büro der DV auf eine neue Grundlage gestellt werden sollen. Die Idee eines „news-letter“ wird dabei sicher geprüft werden.

Baumann Urs, Bern-Süd mahnt, dass auch jetzt, wo wieder etwas mehr „Luft“ vorhanden ist, eine sorgfältige und konsequente Anlagestrategie gefahren wird.

VK-Mitglied Dominique Koch bestätigt, sich dessen sehr wohl bewusst zu sein. Die Anlagestrategie wird dieses Jahr überarbeitet. Genau solche Überlegungen werden darin einfließen.

Fricker Ueli, Mitglied der Spurguppe äussert als Wunsch, dass die VK die Stimmung der Versicherten vermehrt spürt und auch ernst nimmt.

Kipfer Manfred, Mitglied der Spurguppe findet es wichtig, dass nach Kritik und Auseinandersetzungen den Organen auch gedankt wird. Er bittet um einen Applaus für die VK, die Direktion und die Mitarbeitenden der BLVK.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Präsident Jürg Boss gibt bekannt, dass die **nächste DV** am **Mittwoch 16. Mai 2007** im Rathaus stattfinden wird.

Die Amtsdauer der am 18. Februar 2004 eingesetzten „Spurguppe“ geht mit dieser DV zu Ende. In insgesamt 16 Plenums- und zahlreichen Ausschusssitzungen wirkte sie an der Vorbereitung und der Geschäfte der DV mit, erarbeitete OgRDV, Anforderungsprofil und lieferte der Erziehungsdirektion wichtige Elemente zur Wahlverordnung. Er dankt für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. An die Stelle der Spurguppe wird nun das neue Büro der DV treten. Jürg Boss dankt der VK, der Direktion und der Verwaltung für die grosse geleistete Arbeit. Den Delegierten dankt er für den entschlossenen Einsatz zum Wohl der Kasse und der Versicherten.

Schluss der Versammlung: 12.15 Uhr.

Namens der Delegiertenversammlung
der Bernischen Lehrerversicherungskasse

Der Präsident: Der Sekretär:

Jürg Boss

Markus Schneiter